

Dringlichkeits-Antrag der Fraktion DIE LINKE

Konsequenzen aus den Zahlen zur Armutsgefährdung ziehen – armutsbekämpfende Programme in ihrem Umfang erhalten

Mit Datum vom 18.12.2012 hat der Senat die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Bremen – das Armenhaus der Bundesrepublik Deutschland? Konsequenzen aus den vom Bundesamt für Statistik vorgelegten Zahlen zur Armutsgefährdungsquote im Land Bremen ziehen“ beantwortet. Die Zahlen sind erschreckend. Die Armutsgefährdungsquote im Land Bremen liegt mit 22,3 Prozent exakt auf dem Stand wie 2005, in Bremerhaven ist sie auf 27,4 Prozent gestiegen. Besonders beunruhigend sind die hohen Armutsgefährdungsquoten von Jugendlichen (39,5 Prozent im Land Bremen bei 18-25Jährigen, bei Frauen dieser Altersgruppe sogar 42,6 Prozent), von Alleinerziehenden (46,6 Prozent) und von Familien mit drei oder mehr Kindern (39,7 Prozent). Der Paritätische hatte in seinem Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012 bereits festgestellt, dass Bremen die höchste Armutsgefährdungsquote unter den Bundesländern hat, vor Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

In der Mitteilung des Senats (Drs. 18/706) wird zu Recht auf die Verantwortung der Bundespolitik für eine armutsbekämpfende und –vorbeugende Politik hingewiesen (gesetzlicher Mindestlohn, bedarfsgerechte Regelsätze, Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, Abschaffung der sozialversicherungsrechtlichen Privilegierung der geringfügigen Beschäftigung, Erhalt der Bundesprogramme). Gleichzeitig wird auf die verschiedenen kommunalen Programme verwiesen, mit denen Armut und Armutsgefährdung auf kommunaler und Landesebene bekämpft werden. Dies sind vor allem Wohnen in Nachbarschaften (WiN, Landesmittel), Soziale Stadt (Bundes- und Landesmittel), Lokales Kapital für soziale Zwecke (EU-Landesmittel), Gute Arbeit für Alleinerziehende (EU-Bundesmittel), die in der Mitteilung immer wieder genannt werden. Ebenfalls wird mit Recht verwiesen auf die hohe Bedeutung des Ausbaus der Ganztagsbetreuung.

Dies entspricht auch den Handlungsfeldern, Maßnahmen und Zielgruppen, die im Lebenslagen-Bericht 2009 (neben der Arbeitsmarktpolitik und den individuellen Leistungen für Einkommensschwache) eine besondere Stellung einnehmen. Zwischen den Fraktionen in der Bürgerschaft bestehen unterschiedliche Auffassungen, welche weiteren öffentlichen Anstrengungen zur Armutsbekämpfung am wirksamsten sind und vor allem, in welchem Umfang sich Land und Stadtgemeinde dabei finanziell engagieren sollen. Es sollte jedoch ein Minimalkonsens sein, dass hinter die bisherigen Anstrengungen zur Bekämpfung der sozialen Spaltung, die ja fortschreitet, nicht zurückgefallen werden darf. Der Erhalt der genannten Programme, in ihrer bisherigen Substanz und ihrem bisherigen Umfang, ist daher als absolutes Minimum anzusehen, um vor Ort gegen Armut und soziale Spaltung vorzugehen. Dasselbe gilt für die beschriebene Handlungsstrategie des Ausbaus der Ganztagsbetreuung.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die in der Mitteilung Drs. 18/706 benannten kommunalen Programme mit armutsbekämpfender Wirkung, insbesondere die sozialraum- bzw. zielgruppenbezogenen Programme

- Wohnen in Nachbarschaften
- Soziale Stadt
- Lokales Kapital für Soziale Zwecke
- Gute Arbeit für Alleinerziehende

als wichtige Instrumente gegen die soziale Spaltung

- zu erhalten,
- die dafür jeweils verwendeten finanziellen Mittel des Landes und der Stadtgemeinde nicht zu kürzen, sondern mindestens durch Inflationsausgleich real auf gleicher Höhe zu halten,
- bei Wegfall von Bundes- oder EU-Mitteln nach Wegen zu suchen, durch ein verstärktes Engagement der FHB mindestens den Fortbestand des jeweiligen Programms in substanziellem Umfang zu gewährleisten.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den in der Mitteilung Drs. 18/706 als wichtige armutsbekämpfende Maßnahme beschriebenen Ausbau der Ganztagsbetreuung weiter voranzutreiben und mindestens an der Zielsetzung festzuhalten, dass pro Haushaltsjahr zwei weitere gebundene Ganztagschulen zusätzlich eingerichtet werden.

Peter Erlanson, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE